



N i e d e r s c h r i f t

Nr. 4/2018

über die

öffentliche

Gemeinderatssitzung

am Donnerstag, den 19. April 2018

**in der Mensa der Emil-Dörle-Schule, Moltkestraße 68 in
Herbolzheim**

Anwesend:

Vorsitzender

Gedemer, Thomas

Mitglieder

Bergmann, Martin

Binkert, Georg

Böcherer, Dieter

Bühler, Bernd

Daute, Doris

entschuldigt

Gerber, Ralf

Glöckle, Regine

Hämmerle, Reinhold

Held, Cornelia

Hofstetter, Thomas

Meier-Kleisle, Renate

Motz, Hubert

ab TOP 3

Obergföll, Ralf

entschuldigt

Oesterle, Herbert

Pommeranz, Elsa

Schätzle, Clemens

Vetter, Patrik

ab TOP 3

Welte, Holger

Ortsvorsteher

Roser, Reinhard

Protokollführer

Bellgardt, Claudia

Verwaltung

Kalt, Gerhard

Klomfaß, Martin

Müller, Peter

Rauer, Jürgen

Witt, Bruno

Abwesend:

Mitglieder

Berblinger, Sebastian

entschuldigt

Clesle, Martin

entschuldigt

Maurer, Hubert

entschuldigt

Ringwald, Axel

Verwaltung

Ketterer, Peter

Leser, Matthias

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:25 Uhr

Tagesordnung

1. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung
2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 22. März 2018
3. Immissionsschutzgutachten zu den Mobilfunkstandorten
Sachstandsbericht
4. Energetische Sanierung der Emil-Dörle-Schule - Grundsatzbeschluss zur Vergabe der Architekturleistung 618/18
5. Auftragsvergabe zur Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplanes 619/18
6. Abwasserentsorgung: Erneuerung der EMSR-Technik zentrale Warte in der Kläranlage Herbolzheim - Vergabe der Ausführung 620/18
7. Errichtung der Anstalt ITEOS durch Beitritt der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und Vereinigung der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT am 01.07.2018 621/18
8. Gemeinde Weisweil - Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften "Wald-eckhof"
- Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB mit Scoping 623/18
9. Gemeinde Rheinhausen - Bebauungsplanverfahren "Spöttfeld"
- Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB (Offenlage) und Mitteilung über die Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB 624/18
10. Mitteilungen
11. Fragen aus der Mitte des Gemeinderates
12. Bürgerfragestunde

Bürgermeister Gedemer stellt fest, dass mit Schreiben vom 10. April 2018 ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig.

Es sind 35 Zuhörer und 2 Vertreter der Presse anwesend.

zu 1 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Bürgermeister Gedemer gibt folgende Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Gemeinderats-sitzung vom 22. März 2018 bekannt:

1. Beschluss:

Der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 22. Februar 2018 wird zugestimmt.

2. Beschluss:

Die zwei Bauplätze Flst. Nr. 3685 und Flst. Nr. 3696 im Baugebiet „Dorfmaten II“, Ortsteil Broggingen, werden, vorbehaltlich der Genehmigung des Bebauungsplanes, verkauft.

3. Beschluss:

1. Der Verkaufspreis für Bauplätze im Baugebiet „Dorfmaten II“, Ortsteil Broggingen, wird auf 195,00 €/qm incl. aller Beiträge festgesetzt.
2. Beim Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet „Dorfmaten II“ wird ein Familienabschlag in Höhe von 2.000 € pro Kind gewährt, das bei Kaufvertragsabschluss das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

4. Beschluss:

1. Der Verkaufspreis für Bauplätze im Baugebiet „Lache“, Ortsteil Wagenstadt, wird auf 209,00 €/qm incl. aller Beiträge festgesetzt.
2. Beim Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet „Lache“ wird ein Familienabschlag in Höhe von 2.000 € pro Kind gewährt, das bei Kaufvertragsabschluss das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 22. März 2018

Bürgermeister Gedemer erkundigt sich, ob es Einwendungen gegen die Niederschriften der öffentlichen Sitzung vom 22. März 2018 gibt. Dies ist nicht der Fall.

Beschluss:

Der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 22. März 2018 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

15	Ja	0	Enthaltungen	0	Nein
----	----	---	--------------	---	------

zu 3 Immissionsschutzgutachten zu den Mobilfunkstandorten Sachstandsbericht

Bürgermeister Gedemer führt in den Sachverhalt ein und begrüßt zu diesem Thema den beauftragten Gutachter Herrn Dipl.-Ing. Hans Ulrich aus München. Bürgermeister Gedemer weist darauf hin, dass heute keine Beschlüsse gefasst werden. Die Gemeinderatssitzung soll lediglich als Plattform zum Austausch dienen.

Stadtrat Motz kommt.

Bürgermeister Gedemer übergibt das Wort an Herrn Ulrich. Dieser erläutert die Standortwahl von Mobilfunkanlagen in Herbolzheim anhand einer Präsentation. Nach seinem Vortrag bedankt sich Bürgermeister Gedemer bei Herrn Ulrich für dessen Präsentation und die ausführlichen Erläuterungen.

Stadtrat Vetter kommt.

Stadträtin Held erklärt, dass das Thema sehr komplex ist. Sie erkundigt sich, ob für Herrn Ulrich die Standortfrage nun abgeschlossen ist. Herr Ulrich bejaht dies. Seine Analyse hat er ja nun in diesem Gutachten zusammengefasst.

Stadträtin Held fragt nach, wie weit der Sendemast von der Bebauung entfernt sein kann, bis eine Kommune vor Gericht mit Problemen zu rechnen hätte. Herr Ulrich informiert, dass sobald die gelben Bereiche in den Darstellungen größer werden, eine Kommune keine Chance vor Gericht haben wird.

Stadtrat Binkert bedankt sich bei Herrn Ulrich für dessen Vortrag und bei der Bürgerinitiative für deren Einsatz. Seiner Meinung nach liegt nun ein fundiertes Gutachten vor. Er bedauert jedoch, dass der Standort auf dem Berg keine praktikable Variante darstellt, denn dies war seine favorisierte Variante. Er erkundigt sich, ob man sich nun im Dialog befindet. Herr Ulrich erklärt, dass der Anbieter Telefonica dies angeboten hat und somit kompromissbereit zu sein scheint.

Stadtrat Binkert erkundigt sich, ob er es richtig verstanden hat, dass, wenn die Stadt die von der BI bevorzugte Variante am Kreisel A 08 vorschlagen würde, dies in die Bauleitplanung aufgenommen werden müsste. Und da das Gutachten jedoch diesen Standort nicht befürwortet, wird es schwierig für die Stadt, den Standort durchzusetzen. Herr Ulrich bejaht dies. Der Gutachter, der neben Herrn Ulrich üblicherweise sonst noch zu gerichtlichen Verfahren hinzugezogen wird, arbeitet ähnlich. Dadurch ist ebenfalls damit zu rechnen, dass er diesen Standort nicht befürworten würde.

Stadtrat Binkert erkundigt sich weiter, ob es bei dem Standort auf dem Berg A 07 möglich ist, dass der Sendemast nicht weiter Richtung Frankreich strahlt. Herr Ulrich verneint dies. Wenn am Sendemast der Westsektor weggemacht werden würde, dann würde die Kapazitätsversorgung nach Westen wesentlich schlechter sein und damit wäre die Innenstadt schlecht versorgt.

Stadtrat Böcherer fragt nach, ob der evangelische Kirchturm als Standort nicht untersucht wurde. Herr Ulrich verneint dies, da dies nicht sein Auftrag war. Gegenstand seines Gutachtens war die Verlagerung von Telefonica weg vom ehemaligen Krankenhausreal zu einem anderen Standort.

Stadtrat Böcherer möchte wissen, ob bei einem möglichen Standort A 04 die Anwohner einer erträglichen Funkbelastung ausgesetzt sein werden. Herr Ulrich betont, dass er als Gutach-

ter nichts über den gesundheitlichen Aspekt eines Standortes aussagen kann. Er weist darauf hin, dass die Emissionsminimierung bei dem Standort A 04 zwar nicht auf 0 v/m zurückgeht, aber immerhin auf 1,4 bis 1,3 v/m.

Stadtrat Böcherer findet es schade, dass nur der Anbieter Telefonica mit in das Gutachten einbezogen wurde und nicht alle drei Anbieter. Herr Ulrich weist darauf hin, dass ein Vorsorgekonzept nicht justiziabel ist und seines Erachtens in diesem Fall auch nicht zielführend ist.

Stadtrat Bergmann hat Nachfragen zum Thema Mikrozellentechnik. Diese werden von Herrn Ulrich detailliert beantwortet.

Stadtrat Bergmann fragt nach, ob es nach Meinung von Herrn Ulrich Alternativen zu Mobilfunkmasten gibt. Herr Ulrich erläutert, dass grundsätzlich ein funktionierendes Netz der Kapazitätsversorgung notwendig ist. Damit sind auch Standorte für Mobilfunkmasten notwendig.

Stadtrat Hämmerle möchte wissen, ob eine Optimierung gegeben wäre, wenn der bestehende Standort B 01 im Gewerbegebiet weiter in den Norden verlegt werden würde. Herr Ulrich verneint dies.

Stadtrat Motz fragt nach, ob es richtig ist, dass jeder Grundstückseigentümer einen Mobilfunkmast auf das Haus bauen darf. Herr Klomfaß bejaht dies aus baurechtlicher Sicht.

Ein Bürger möchte wissen, ob O² zusammen mit E-Plus sendet. Herr Ulrich erläutert dies eingehend. Der Bürger fragt weiter nach, ob die Stadt den Standort A 04 auch den anderen Anbietern anbieten wird. Bürgermeister Gedemer bejaht dies.

Ein zweiter Bürger fragt nach, ob der Standort A 08 am Kreisel nicht geschickter wäre, um eine Ausstrahlung nach Westen zu vermeiden. Herr Ulrich erklärt, dass der A 08 fast dem Standort B 01 im Gewerbegebiet entspricht und zwei addierende Signale funktechnisch schlecht sind.

Ein dritter Bürger möchte wissen, ob es wahrscheinlich ist, dass Vodafone statt wie geplant an den Sendemasten auf der evangelischen Stadtkirche auch an den Standort A 04 mit dran geht. Herr Ulrich verneint dies. Vodafone sucht einen zentralen Standort und die evangelische Stadtkirche bietet sich da an.

Ein vierter Bürger erklärt, dass die Wachstumsrate von Mobilfunk 20 Prozent pro Jahr beträgt. Er fragt nach, ob die 1,4 v/m sich dann entsprechend erhöhen, wenn die Wachstumsrate so groß ist. Herr Ulrich berichtigt, dass die Wachstumsrate von Mobilfunk 60 Prozent pro Jahr beträgt und geht detailliert auf die Frage ein.

Ein fünfter Bürger möchte gerne wissen, wie genau der Antrag an Herrn Ulrich seitens der Stadt gelautet hat. Seiner Auffassung nach sollte laut Gemeinderatsbeschluss eine betreiberunabhängige Analyse erfolgen. Er erkundigt sich, warum der Sendemast vom Gewerbegebiet nicht das Stadtgebiet abdecken kann, aber es umgekehrt möglich ist. Herr Rauer erläutert, dass es wichtig ist, ein rechtsmittelfähiges Gutachten vorliegen zu haben. Der Betreiber Telefonica hat einen Antrag gestellt, um seinen Sendemasten zu verlegen. Dies ist baurechtlich jederzeit möglich. Mit dem Gutachten kann jedoch gesteuert werden, wohin die Verlegung stattfinden soll. Der Bürger moniert, dass wenn morgen ein anderer Anbieter einen weiteren Antrag auf Verlegung stellen würde, die Stadt dann wieder Herrn Ulrich beauftragen müsste. Herr Rauer erläutert, dass das erste Modul nun abgearbeitet ist. Wenn der Beschluss hierüber gefasst werden würde, könnte die Stadt das zweite Modul aufsetzen. Der

Bürger fragt weiter nach, warum der Standort auf der evangelischen Kirche nicht analysiert wurde. Herr Rauer erklärt, dass das Verfahren an der evangelischen Kirche bereits abgeschlossen ist. Herr Rauer, Herr Klomfaß und Herr Ulrich erklären, warum dies so ist.

Herr Motz möchte wissen, ob eine Standortfestlegung für alle Betreiber gelten würde, wenn es keine Masten im Stadtgebiet gäbe. Herr Ulrich bejaht dies.

Ein sechster Bürger möchte wissen, wie es nun mit der Telekom aussieht. Bürgermeister Gedemer informiert, dass das Gespräch mit der Telekom gesucht wird.

Stadträtin Pommeranz fragt noch einmal nach, wie der Auftrag seitens der Stadt an Herrn Ulrich lautete. Herr Ulrich erklärt, dass er zu prüfen hatte, wie die Verlegung der Telefonica-Technik vom bestehenden Mast rechtssicher noch möglich ist mit möglichst wenig Emissionen.

Bürgermeister Gedemer fasst zusammen, dass der bestehende Sendemast am Krankenhausareal 2,9 v/m Emissionen mit sich bringt, das entspricht 7 Prozent. Der favorisierte Standort A 04 südlich des Bleichbachs bringt 1,4 v/m mit sich, dies entspricht 3,1 Prozent. Seiner Ansicht nach sprechen die Zahlen hier für sich.

Ein siebter Bürger erkundigt sich, ob Vodafone trotz Unterschriften nochmal zu einem Gespräch eingeladen werden kann. Bürgermeister Gedemer informiert, dass versucht werden kann, diese Tür noch einmal zu öffnen.

Ein achter Bürger erklärt, dass im Sommer 2017 versprochen wurde, dass die BI in den Prozess mit einbezogen wird. Er stellt fest, dass dies nicht so ist. Bürgermeister Gedemer betont, dass die Stadt mit den Bürgern im Dialog ist. Dieser Schritt wird auch weitergeführt.

Bürgermeister Gedemer bedankt sich bei Herrn Ulrich für dessen Präsentation und die ausführlichen Erläuterungen.

zu 4 Energetische Sanierung der Emil-Dörle-Schule - Grundsatzbeschluss zur Vergabe der Architekturleistung

Bürgermeister Gedemer übergibt das Wort an Herrn Rauer. Dieser erläutert die Sitzungsvorlage, welche Bestandteil des Protokolls ist.

Beschluss:

Das Architekturbüro Herbstritt GmbH aus Herbolzheim erhält den Auftrag zur Ausführung der Architekturleistungen zum nächsten Abschnitt der energetischen Sanierung der Emil-Dörle-Schule.

Abstimmungsergebnis:

16	Ja	1	Enthaltungen	0	Nein
----	----	---	--------------	---	------

zu 5 Auftragsvergabe zur Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplanes

Bürgermeister Gedemer übergibt das Wort an Herrn Rauer. Dieser erläutert die Sitzungsvor-

lage, welche Bestandteil des Protokolls ist.

Stadtrat Hämmerle fragt sich, was der anwesende Feuerwehrkommandant zu diesem Thema meint. Bürgermeister Gedemer erklärt, dass der Feuerwehrbedarfsplan im Finanzausschuss beschlossen wurde. Hier geht es um die Vorgehensweise.

Stadträtin Held spricht sich für den Vorschlag der Verwaltung aus.

Stadträtin Pommeranz weist darauf hin, dass für die Erstellung des Feuerwehrbedarfsplanes nur 8.000 Euro im Finanzausschuss beschlossen wurden. Herr Rauer bestätigt dies. Er erklärt aber, dass im Vorfeld schon Erkundigungen eingeholt wurden und mögliche Kosten zwischen 10.000 und 20.000 Euro auch bereits im Finanzausschuss genannt wurden.

Stadträtin Pommeranz fragt weiter nach, über welchen Zeitraum der Bedarfsplan festgelegt wird. Herr Rauer informiert, dass es alle fünf Jahre einer Überprüfung bedarf.

Beschluss:

Das Ingenieurbüro IBG-Brandschutztechnik aus Heilsbronn erhält den Auftrag zur Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplanes gemäß gleichgestellter Angebotssumme in Höhe von

17.344,26 EUR/brutto.

Abstimmungsergebnis:

16	Ja	1	Enthaltungen	0	Nein
----	----	---	--------------	---	------

zu 6 Abwasserentsorgung: Erneuerung der EMSR-Technik zentrale Warte in der Kläranlage Herbolzheim - Vergabe der Ausführung

Bürgermeister Gedemer übergibt das Wort an Herrn Rauer. Dieser erläutert die Sitzungsvorlage, welche Bestandteil des Protokolls ist.

Stadtrat Binkert erkundigt sich, warum die letzte Firma ausgeschlossen wurde. Herr Rauer erläutert dies.

Stadträtin Held fragt nach, warum es eine so große Differenz zwischen den einzelnen Angeboten gibt. Herr Rauer informiert, dass meist deren Interesse ausschlaggebend dafür ist.

Stadtrat Böcherer möchte wissen, um wie viel teurer die Angebotssumme nun ist als der veranschlagte Preis. Herr Rauer erklärt, dass die Angebotssumme 10 Prozent teurer ist als die Kostenberechnung.

Beschluss:

Die Firma MeiTec aus Bahlingen ging aus der Submission am 09.04.2018 als annehmbarster Bieter hervor. Vorbehaltlich der Nachrechnung erhält die Firma MeiTec den Auftrag zum Angebotspreis in Höhe von

363.222,57 EUR/brutto.

Abstimmungsergebnis:

17	Ja	0	Enthaltungen	0	Nein
----	----	---	--------------	---	------

zu 7 Errichtung der Anstalt ITEOS durch Beitritt der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und Vereinigung der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT am 01.07.2018

Bürgermeister Gedemer übergibt das Wort an Herrn Müller. Dieser erläutert die Sitzungsvorlage, welche Bestandteil des Protokolls ist.

Stadtrat Motz möchte wissen, ob die Stadt derzeit auch an das Rechenzentrum Baden-Franken eine feste Umlage abgibt. Herr Müller informiert, dass die Stadt keine feste Umlage bezahlt, sondern nach Fallpreisen abgerechnet wird.

Stadträtin Held erkundigt sich, in welchen Bereichen überhaupt die Rechenzentren in Erscheinung treten. Herr Witt informiert, dass 90 Prozent aller fachtechnischen Anwendungen über die Rechenzentren laufen.

Stadträtin Meier-Kleisle stellt fest, dass es in Bezug auf den Zusammenschluss eigentlich keine Alternative gibt. Bürgermeister Gedemer bestätigt dies.

Stadtrat Bühler erkundigt sich, welche kritischen Punkte im Kreistag zu diesem Thema angesprochen wurden. Bürgermeister Gedemer informiert, dass auch dort die gleichen Fragen aufgekommen sind wie hier im Gemeinderat.

Stadträtin Pommeranz möchte wissen, wer in der Verbandsversammlung Mitglied ist. Bürgermeister Gedemer erläutert dies.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat der Stadt Herbolzheim nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt dem Beitritt des Zweckverbands Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) zur Datenzentrale Baden-Württemberg und der Vereinigung mit den Zweckverbänden KDRS und KIRU zum Gesamtzweckverband 4IT zu.
2. Der Gemeinderat der Stadt Herbolzheim beauftragt den Bürgermeister, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) die Organe des Zweckverbands zum Vollzug aller hierzu notwendigen Handlungen zu bevollmächtigen.

Zu den notwendigen Handlungen gehören (insbesondere):

- a. die Zustimmung zum Beitritt des Zweckverbands Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) zur Datenzentrale Baden-Württemberg durch Vereinbarung der Änderung der Satzung der Datenzentrale Baden-Württemberg
- b. die Zustimmung zum vorgesehenen Vermögensausgleich
- c. die Zustimmung zur Verschmelzung der Betriebsgesellschaften IIRU, KRBF und RZRS zu einer hundertprozentigen Tochter der aus der Datenzentrale Baden-Württemberg mit Beitritt der Zweckverbände hervorgehenden ITEOS (AöR)

- d. die Zustimmung zum Fusionsvertrag der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Datenzentrale Baden-Württemberg
- e. die Zustimmung zur Vereinigung der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT

Abstimmungsergebnis:

16	Ja	0	Enthaltungen	1	Nein
----	----	---	--------------	---	------

**zu 8 Gemeinde Weisweil - Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften "Waldeckhof"
- Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB mit Scoping**

Bürgermeister Gedemer übergibt das Wort an Herrn Klomfaß. Dieser erläutert die Sitzungsvorlage, welche Bestandteil des Protokolls ist.

Beschluss:

Die Aufgaben der Stadt Herbolzheim werden durch die Aufstellung des Bebauungsplans nicht berührt, es wird eine positive Stellungnahme abgegeben.

Abstimmungsergebnis:

17	Ja	0	Enthaltungen	0	Nein
----	----	---	--------------	---	------

**zu 9 Gemeinde Rheinhausen - Bebauungsplanverfahren "Spöttfeld"
- Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB (Offenlage) und Mitteilung über die Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB**

Bürgermeister Gedemer übergibt das Wort an Herrn Klomfaß. Dieser erläutert die Sitzungsvorlage, welche Bestandteil des Protokolls ist.

Beschluss:

Die Aufgaben der Stadt Herbolzheim werden durch den Bebauungsplan nicht berührt, es wird eine positive Stellungnahme abgegeben.

Abstimmungsergebnis:

16	Ja	1	Enthaltungen	0	Nein
----	----	---	--------------	---	------

zu 10 Mitteilungen

1. Bürgermeister Gedemer bedankt sich bei Stadträtin Held für die Initiative und Begleitung des Projekts „Demographischer Wandel“ mit den Studierenden der FH Kehl und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

2. Bürgermeister Gedemer informiert über den „Tag der offenen Verwaltung“ am 22. April 2018. Im Bürgersaal werden der Gemeinderat, die Ortsvorsteher und die Auszubildenden vertreten sein.

3. Bürgermeister Gedemer informiert über das Thema „Tabak in Herbolzheim“. Am 11. Mai 2018 findet die Vernissage im Torhaus als Auftaktveranstaltung statt.

4. Bürgermeister Gedemer informiert, dass Herr Rauer zusammen mit Herrn Leser unterwegs war und einige fertiggestellte Maßnahmen des Bauhofs besichtigt hat. Herr Rauer stellt exemplarisch anhand einer Bildpräsentation folgende Maßnahmen vor:

- Kreisverkehr Sportplatz
- Grundschule Herbolzheim - Einweihung Spielgerät
- Tutschfelden - Friedhof
- Tutschfelden - Kindergarten
- Gehweg zwischen L 106 und Feuerwehrhaus Bleichheim
- Einsegnungshalle Wagenstadt
- Treppe „Rebhisliweg“
- Kinderspielplatz Broggingen

Ortsvorsteher Roser hätte gerne diese Bilder als Datei für seine Ortschaftsratssitzung. Herr Rauer sagt dies zu.

5. Herr Klomfaß informiert, dass der Flächennutzungsplan des GVV Kenzingen-Herbolzheim seit dem 13. April 2018 rechtskräftig ist.

6. Bürgermeister Gedemer informiert über den Hallenboden der Breisgauhalle. 2017 wurden hier bereits 13.000 EUR investiert. Dadurch, dass die Räder der Hebebühne eingekracht sind, steht auch hier wieder eine Investition an. Innerhalb des ersten Quartals 2018 wurden bereits 10.000 EUR in den Boden investiert. Insgesamt sind im Jahr 2018 60.000 EUR veranschlagt. Die Verwaltung überlegt, ob der Boden unter der Tribüne so gelassen werden kann, so dass nur ungefähr 45.000 EUR Kosten auf die Stadt zukommen würden. Der teilweise neue Boden soll dann in den Sommerferien eingebaut werden.

7. Bürgermeister Gedemer informiert, dass am 20. April 2018 der „Achtklässler Tag“ stattfindet. Dies ist eine Möglichkeit der Jugendbeteiligung. Ungefähr 40 Jugendliche werden im Rathaus erwartet.

8. Bürgermeister Gedemer informiert, dass er Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt hat, da an den Emil-Dörle-Schulen Flyer mit rechtsradikaler Tendenz verteilt wurden.

9. Bürgermeister Gedemer weist auf das Zelt über dem Brunnen vor der Brunnen-Apotheke hin, unter dem Sanierungsarbeiten stattfinden.

10. Zum Thema Stadtmarketing informiert Bürgermeister Gedemer, dass eine Agentur ein Angebot für die erste Phase machen soll. Hier soll eine Planungsgruppe gegründet, ein Logo entworfen werden usw.

Stadtrat Bergmann ist überrascht, dass das Thema aus der nichtöffentlichen Klausurtagung hier im öffentlichen Teil unter Mitteilungen bekanntgemacht wird. Bürgermeister Gedemer erwidert, dass es hier nicht um die Umsetzung geht, sondern lediglich um die Festlegung einer Planungsgruppe und die Zielrichtung der Stadt. Stadtrat Bergmann betont, dass dieses Thema nicht in den Bereich „Mitteilungen“ einer öffentlichen Sitzung gehört. Er vermisst den offiziellen Startschuss in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung.

11. Bürgermeister Gedemer informiert, dass bei weiterhin gutem Wetter die Eröffnung des Schwimmbades am 01. Mai 2018 stattfinden wird.

zu 11 Fragen aus der Mitte des Gemeinderates

1. Stadträtin Held empfindet das Thema „Jugendbeteiligung“ als etwas zäh und als nicht ganz so transparent. Sie hätte gerne ab und an einen Zwischenbericht von Herrn da Silva. Bürgermeister Gedemer teilt diese Einschätzung.
2. Stadträtin Held möchte in Bezug auf das Hallenstrategiekonzept wissen, wie die Vorgehensweise der Verwaltung ist. Herr Rauer erläutert, dass der Bedarf an einer Hallennutzung in der Gesamtstadt abgefragt wird.
3. Stadtrat Binkert regt an, dass statt den herkömmlichen Tüten für den Hundekot Maistüten verwendet werden sollen. Diese lässt er als Beispiel durch die Reihen gehen. Stadtrat Böcherer regt zu diesem Thema mehr Abfallbehälter an.
4. Stadtrat Böcherer fragt nach dem Sachstand zum Gewässerentwicklungsplan. Herr Rauer informiert, dass der Bewilligungsbescheid in dieser Woche eingegangen ist. Damit kann die Verwaltung nun tätig werden.
5. Stadtrat Hämmerle fragt an, ob die Toilettenbenutzung auf den Friedhöfen grundsätzlich im Gemeinderat diskutiert werden sollte. Herr Rauer gibt zu bedenken, dass eine ständige Öffnung personalintensiv ist. Genauso wie auch die Müllleerung von mehr Hundekotmülleimern mehr Personalkosten mit sich bringen würde. Bürgermeister Gedemer sagt zu, das Thema aufzugreifen.
6. Stadtrat Motz fragt nach, ob die Stadt nun mit der evangelischen Kirchengemeinde Kontakt aufnimmt, um wegen einer evtl. Einrichtung eines Mobilfunkmastes noch einmal zu sprechen. Bürgermeister Gedemer ist der Meinung, dass der Dialog sowohl mit den Anbietern als auch mit den Anbietenden stattfinden muss.
7. Stadtrat Motz erkundigt sich, ob es Infos zur Halle von ebm-Papst gibt. Bürgermeister Gedemer verweist darauf, dass das Thema nichtöffentlich ist.
8. Stadtrat Motz fragt nach, ob der Boden der Breisgauhalle nach der Sanierung noch die gleichen Eigenschaften hat wie jetzt auch. Herr Rauer erklärt, dass durch die Materialverstärkung die Eigenschaften sicherlich träger sein werden.
9. Stadtrat Binkert plädiert bei der Stadtsanierung und der damit verbundenen Umleitung des Verkehrs von der ehemaligen B 3 auf die Friedrichstraße für eine Ampel an der Grundschule. Bürgermeister Gedemer informiert, dass es eine Warnleuchte geben wird. Darüber hinaus wird von beiden Seiten ein Schild aufgestellt mit „Vorsicht Kinder“.

zu 12 Bürgerfragestunde

Es gibt keine keine Anfragen aus der Bürgerschaft.

Herbolzheim, den 03. Mai 2018

(Gedemer)
Bürgermeister

(Bellgardt)
Protokollführerin

(Held)
CDU-Fraktion

(Daute)
SPD-Fraktion

(Bergmann)
FWG-Fraktion

(Böcherer)
GRÜNE-Fraktion